



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Maria NOICHL
14.03.2019



"Ende der Männerquote!"

Europa-SPD fordert mehr Frauen in Spitzenpositionen der europäischen Finanzbehörden

"Nur ein paar Tage sind seit dem 8. März vergangen, die Schwüre zum Internationalen Frauenkampftag hallen uns noch in den Ohren nach und unter den vorgeschlagenen Kandidaten für Posten im europäischen Finanz- und Bankensektor ist keine einzige Frau", so **Maria Noichl**, SPD-Europaabgeordnete aus dem Gleichstellungsausschuss. Bei den im Europäischen Parlament am Donnerstag, 14. März 2019, zur Abstimmungen stehenden Kandidaturen handelt es sich um Spitzenpositionen bei der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Bankenaufsicht und dem Einheitlichen Abwicklungsausschuss, der als Reaktion auf die globale Finanzkrise zur Abwicklung ausfallender Banken errichtet wurde.

"EU-Kommission und Mitgliedstaaten tun so, als gäbe es keine qualifizierten Frauen für diese Positionen. Dabei sollten gerade sie mit gutem Beispiel vorangehen und ein Zeichen für Gleichstellung in jedem Bereich setzen - auch dem Finanz- und Bankensektor", bemängelt **Maria Noichl**. Zeitgleich mit der Abstimmung über die Nominierungen hat die sozialdemokratische Fraktion daher auf die Verabschiedung eines Entschließungsantrages gedrängt, der die ausgewogene Nominierung von Frauen und Männern fordert und sich auf Gleichstellung als Gründungswert der EU beruft.

"Wir können und werden keine weiteren Vorschläge tolerieren, die nicht auch Frauen und ihre Qualifizierung berücksichtigen", so **Maria Noichl**. "Dies betrifft auch die zukünftige Zusammensetzung der Europäischen Kommission nach den Wahlen in diesem Jahr. Ohne Frauen, ohne uns! Es muss Schluss sein mit der Männerquote, die nach wie vor in fast allen Bereichen herrscht. Frauen müssen endlich zu gleichen Teilen ihren rechtmäßigen Platz an den Verhandlungstischen erhalten, nur so wird sich auch endlich gesamtgesellschaftlich etwas ändern", mahnt die SPD-Europaabgeordnete.

Im höchsten Entscheidungsgremium der Europäischen Zentralbank sitzen 8 Prozent Frauen, bei dem Europäischen Investitionsfonds 14,37 Prozent und bei der Europäischen Investitionsbank 21,4 Prozent. Von den drei genannten europäischen Agenturen wird eine von einer Frau geführt. Frauen bleiben vor allem in den Spitzenpositionen im Bereich Banken und Finanzdienstleistungen unterrepräsentiert. Zahlreiche Forderungen des Europäischen Parlaments, bei der Unterbreitung einer Auswahlliste auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu achten, wurden im Vorfeld der Nominierung missachtet.

Weitere Informationen: Büro Noichl [+33 3881 77 157](tel:+333388177157) und Jan Rößmann (Pressesprecher) [+32 473 864 513](tel:+32473864513)

Europäisches Parlament

S&D-Fraktion, Pressestelle der SPD-Gruppe

[facebook.com/EuropaSPD](https://www.facebook.com/EuropaSPD), twitter.com/SPDEuropa

www.spd-europa.de

Rue Wiertz 12G138, B- 1047 Brüssel, Tel.: +32 2 28 41779 und /43665

Herausgeber: Jens Geier (V.i.S.d.P.)

Facebook:

Twitter:

Website:

E-Mail:

[facebook.com/EuropaSPD](https://www.facebook.com/EuropaSPD)

twitter.com/SPDEuropa

www.spd-europa.de

s-d.delegationDE@europarl.europa.eu